

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

74. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. April 2003, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Monika Schwalm (CDU)	Vorsitzende
Maren Kruse (SPD)	i.V. von Peter Eichstädt
Klaus-Peter Puls (SPD)	
Thomas Rother (SPD)	
Renate Gröpel (SPD)	i.V. von Anna Schlosser-Keichel
Peter Lehnert (CDU)	
Thorsten Geißler (CDU)	
Klaus Schlie (CDU)	
Joachim Behm (FDP)	i.V. von Wolfgang Kubicki
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i.V. von Irene Fröhlich

**Weitere Abgeordnete**

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Silke Hinrichsen (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Jutta Schümann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Verwaltungsstrukturreform</b>	
<b>a) Verwaltungsstrukturreform 1996 - 2002</b>	<b>4</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2560	
<b>b) Kommunale Verwaltungen und Gebietsreform</b>	<b>6</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2378	
<b>c) Verwaltungsstrukturreform/Gebietsreform</b>	<b>7</b>
(Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 15/2437 -)  Mündlicher Bericht der Landesregierung	
<b>d) Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand der Kommission Gemeindefinanzreform</b>	<b>7</b>
hierzu: Umdruck 15/3171 „Zwischenbericht über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe ‚Kom- munalsteuern‘ der Kommission zur Reform der Gemeindefinan- zen“	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung der Landesbank Schles- wig-Holstein Girozentrale, zur Verselbstständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2448	

**3. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europarechtlicher Vorschriften im- Landesrecht (Vogelschutz-Richtlinie, FFH-Richtlinie, UVP-Änderungsrichtlinie, IVU-Richtlinie und Zoo-Richtlinie) – Landes-Artikelgesetz –** **9**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1950

**4. Verschiedenes** **10**

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, eröffnet die Sitzung um 14:07 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

## **Verwaltungsstrukturreform**

### **a) Verwaltungsstrukturreform 1996 - 2002**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/2560

(überwiesen am 4. April 2003 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

- Verfahrensfragen -

Abg. Schlie möchte zunächst wissen, wie der Verfahrensstand hinsichtlich der Beratungen zur Verwaltungsstrukturreform innerhalb der Landesregierung ist. AL Dr. Lutz erklärt, die Landesregierung diskutiere zurzeit über 49 Hauptvorschläge und diverse Untervorschläge dazu. Dies sei auch in einer Pressemitteilung bekannt gegeben worden. Zurzeit würden die einzelnen Punkte innerhalb der zuständigen Ressorts geprüft und beraten.

Abg. Schlie führt aus, nach der Vorankündigung der Landesregierung habe er sich das angekündigte Konzept zur Verwaltungsstrukturreform wesentlich systematischer und umfassender vorgestellt. Die Frage sei aber nun, wie sich die Beratungen der Landesregierung über diese einzelnen Vorschläge in die Beratungen des Ausschusses einbeziehen ließen, und ob der Ausschuss zunächst abwarten solle, bis die Vorschläge in den einzelnen Ressorts abgestimmt seien, um sich dann anschließend mit ihnen eingehender zu beschäftigen.

Abg. Hentschel verweist auf die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwaltungsstrukturreform 1996 bis 2002, Drucksache 15/2560, in der der gesamte Prozess bewertet und festgestellt worden sei. Jede Fraktion könne nun anhand dieser Vorlage überprüfen, welche Zielsetzungen aus ihren Konzepten schon umgesetzt worden seien und wo weiterer Beratungsbedarf bestehe. Dann müsse der Ausschuss in den nächsten Monaten dazu kommen, ein Arbeitsprogramm zu entwickeln, mit dem die offenen Punkte abgearbeitet werden könnten.

Abg. Puls führt aus, seiner Meinung nach sei es wichtig, dass sich der Ausschuss einen eigenen Ablauf- und Beratungsplan erstelle, unabhängig vom laufenden Abstimmungsprozess innerhalb der Ministerien zu den Vorschlägen der Landesregierung. Er schlage vor, sich zunächst an der Struktur zu orientieren, die auch der Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwaltungsstruktur zugrunde liege, nämlich sich abschnittsweise mit den einzelnen Ressorts der Landesregierung und den unterhalb der Ressorts angesiedelten Behörden zu beschäftigen. Darin könnten dann auch die dazugehörigen Regierungsvorschläge mit einbezogen werden.

Abg. Schlie unterstützt diesen Vorschlag und schlägt vor, mit dem Ressort des Umweltministeriums zu beginnen. Abg. Puls wendet ein, dass der Ausschuss zunächst den derzeitigen Stand der Verwaltungsstrukturreform im Bereich der Landesregierung insgesamt noch einmal abfragen sollte und deshalb als erster Arbeitsschwerpunkt die Staatskanzlei auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte.

Die Ausschussmitglieder beschließen, sich in ihrer nächsten Sitzung zur Verwaltungsstrukturreform zunächst mit der Staatskanzlei und dem Umweltministerium zu befassen und hierzu die Vertreter der Landesregierung zu laden.

Darüber hinaus diskutieren die Ausschussmitglieder auch über die Aufstellung eines Zeitplans für die Beratungen der Themenkomplexe Gemeindefinanzreform, kommunaler Finanzausgleich und „Kirchhof-Gutachten“. Sie einigen sich darauf, möglichst schnell einen umfassenden Arbeitszeitplan zu erarbeiten, der diese Bereiche mit berücksichtigt.

## **b) Kommunale Verwaltungen und Gebietsreform**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/2378

(überwiesen am 23. Januar 2003)

Abg. Puls erklärt, dass die Beantwortung der Frage unter Nummer 1 des Antrages für die weiteren Beratungen im Ausschuss hilfreich sein könnten, dass aus seiner Sicht eine Beantwortung der übrigen Fragen jedoch von der Landesregierung nicht erwartet werden könne, da die Beantwortung gar nicht möglich sei. Schon der Begriff Verwaltungskosten, nämlich welche Aufgaben genau dazu zählten, sei nicht eindeutig geklärt.

Abg. Schlie stimmt den Ausführungen von Abg. Puls zu und erklärt, selbst wenn das Ministerium die Fragen Nummern 2 bis 4 beantworte, helfe das dem Ausschuss nicht weiter, da der Aussagewert der Zahlen nur sehr relativ sein könne.

Abg. Behm erklärt, die vorgebrachten Argumente seien für ihn ebenfalls nachvollziehbar.

AL Gudat weist darauf hin, dass es aus der Sicht der Landesregierung kein Problem sei, die unter Nummer 1 des Antrages geforderten Zahlen vorzulegen. Die Beantwortung der übrigen Fragen halte er ebenfalls für sehr problematisch.

Der Ausschuss beschließt, dem Landtag zu empfehlen, der Ziffer 1 des Antrags der Fraktion der FDP, Kommunale Verwaltungen und Gebietsreform, Drucksache 15/2378, zuzustimmen und die übrigen Ziffern des Antrages abzulehnen.

#### **c) Verwaltungsstrukturreform/Gebietsreform**

(Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 15/2437 -)

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 20. Februar 2003 zur abschließenden Beratung)

Den mündlichen Bericht der Landesregierung Verwaltungsstrukturreform/Gebietsreform zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2437, nimmt der Ausschuss ohne weitere Aussprache abschließend zur Kenntnis.

#### **d) Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand der Kommission Gemeindefinanzreform**

hierzu: Umdruck 15/3171  
„Zwischenbericht über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe,  
Kommunalsteuern' der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzreform“

Der Ausschuss verschiebt seine Beratungen zu diesem Themenkomplex auf seine nächste Sitzung und beschließt, sich in dieser von der Landesregierung einen Bericht über den aktuellen Stand der Kommission Gemeindefinanzreform und der Arbeitsgruppe, die sich auf Bundesebene mit der Sozial- und Arbeitsverwaltung befasst, geben zu lassen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbstständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/2448

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den **Finanzausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/3089, 15/3170, 15/3182, 15/3189 bis 15/3191

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der FDP dem federführenden Finanzausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neustrukturierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbstständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften, Drucksache 15/2448, dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europarechtlicher Vorschriften im Landesrecht (Vogelschutz-Richtlinie, FFH-Richtlinie, UVP-Änderungsrichtlinie, IVU-Richtlinie und Zoo-Richtlinie) – Landes-Artikelgesetz –**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1950

(überwiesen am 20. Juni 2002 an den **Umweltausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/2479, 15/2687, 15/3019, 15/3020, 15/3053, 15/3075, 15/3092, 15/3095, 15/3097, 15/3099, 15/3100, 15/3104, 15/3106, 15/3108 bis 15/3110, 15/3112 bis 15/3114, 15/3119 bis 15/3121, 15/3124, 15/3133, 15/3136 bis 15/3141, 15/3157, 15/3160, 15/3162

Der Ausschuss schließt seine Beratungen zum vorliegenden Landes-Artikelgesetz ab.

In alternativer Abstimmung des Gesetzentwurfs der Landesregierung in der durch die Umdrucke 15/3290 und 15/3300 geänderten Fassung und des Gesetzentwurfs der CDU empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem federführenden Umweltausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umsetzung europarechtlicher Vorschriften im Landesrecht (Vogelschutz-Richtlinie, FFH-Richtlinie, UVP-Änderungsrichtlinie, IVU-Richtlinie und Zoo-Richtlinie) – Landes-Artikelgesetz –, Drucksache 15/1950, in der durch die Ausschüsse veränderten Fassung dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Ausschuss beschließt, sich in seiner nächsten Sitzung, am 30. April 2003, abschließend mit der vom Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Umdruck 15/3225, zu befassen und bittet die Geschäftsführung, die Änderung der Geschäftsordnung für das Plenum anzumelden.

Der Ausschuss beauftragt die Geschäftsführung weiter damit, bis zur nächsten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses auch einen Vorschlag für Termine für die Sitzungen des Ausschusses zur Verwaltungsstrukturreform für das zweite Halbjahr 2003 vorzulegen.

Abschließend legen die Ausschussmitglieder als Termin für eine gemeinsame Fahrt mit dem Agrarausschuss auf Einladung des Innenministers auf einem Boot der Wasserschutzpolizei Mittwoch, 11. Juni 2003, im Anschluss an die Ausschusssitzung des Innen- und Rechtsausschusses fest.

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, schließt die Sitzung um 15:05 Uhr.

gez. Monika Schwalm  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin